



Erstes Arbeitstreffen der Kommission „Opferschutz und Täterarbeit“ der Taskforce Strafrecht: Gerhard Aigner, Bernadett Humer, Mathias Vogl, Karoline Edtstadler, Gerhard Lang.

Opferschutz und Täterarbeit

Die Taskforce Strafrecht unter der Leitung von Staatssekretärin Mag. Karoline Edtstadler nahm am 23. Mai 2018 in Wien die Arbeit in der Kommission „Opferschutz und Täterarbeit“ auf.

Es reicht nicht, Täter zu verurteilen und eine Zeit lang wegzusperren“, sagte Staatssekretärin Mag. Karoline Edtstadler. Daher seien zur Taskforce „Strafrecht“ zwei „Kommissionen“ gegründet worden: die Kommission „Strafrecht“ leitet Mag. Christian Pilnacek, Generalsekretär im Justizministerium, und für die Kommission „Täterarbeit und Opferschutz“ ist Sektionschef Dr. Mathias Vogl, Leiter der Rechtssektion im Bundesministerium für Inneres, verantwortlich.

In der Kommission „Strafrecht“ geht es um eine eventuelle Verschärfung der Strafen für Gewalt- und Se-

xualdelikte und eine Anpassung an die Strafhöhen anderer strafrechtlicher Bestimmungen.

In der Kommission „Täterarbeit und Opferschutz“ geht es darum, die Opferbetreuung und die Täterarbeit zu intensivieren. „Niemand soll ein zweites Mal Täter werden. Die Täterarbeit darf nicht mit dem Ende der Verbüßung der Strafe aufhören. Wir müssen Maßnahmen treffen, um die Täter wieder in die Gesellschaft zu integrieren“, betonte Edtstadler. Die Sensibilität für den Bedarf von Täterarbeit solle geschärft und einheitliche Standards geschaffen werden.

Erstes Arbeitstreffen. Bei einem ersten Arbeitstreffen am 23. Mai 2018 kamen die Verantwortlichen der Kommission „Opferschutz und Täterarbeit“ der Taskforce Strafrecht im Bundeskriminalamt in Wien zusammen. Eingeladen waren Expertinnen und Experten aus Ministerien und privaten Organisationen (NGOs).

Vernetzung der Organisationen. Das erste Arbeitstreffen stand im Zeichen der Vernetzung. Bei der Ausarbeitung der Handlungsansätze und deren Umsetzung soll es zu einer Zusammenarbeit aller betroffenen Organisationen kommen. „Uns ist

wichtig, dass wir mit Expertinnen und Experten aus unterschiedlichen Bereichen zusammenarbeiten, Erfahrungswerte nutzen und Synergien erkennen“, sagte Edtstadler. Durch einen Austausch könne mehr Handlungs- und Rechtssicherheit für die Organisationen erreicht werden.

Als Beispiel führte die Staatssekretärin an, dass der Austausch zwischen Ärzten und Behörden in Einzelfällen sinnvoll wäre. „Hier darf Datenschutz nicht zum Täterschutz werden“, sagte die Staatssekretärin.

Auch Sektionschef Dr. Mathias Vogl betonte die Wichtigkeit der Vernetzung



Mathias Vogl und Karoline Edtstadler legen Wert auf die Vernetzung zwischen den Organisationen.

zwischen den Organisationen. „Wir haben das schon in der Arbeitsgruppe Brunnenmarkt gesehen“, sagte er.

Die „Arbeitsgruppe Brunnenmarkt“ wurde gegründet, nachdem im Mai 2016 ein Kenianer eine Frau mit einer Eisenstange getötet hatte. Der Mann war obdachlos und seit Längerem in verschiedenen Stellen als problematisch bekannt.

„Jede Organisation weiß ein Stück des Puzzles, diese Stücke müssen zusammengeführt werden. Nur so können wir Straftaten verhindern“, sagte Vogl. Herausfordernd sei das Aufkommen von neuen Deliktformen mit der Digitalisierung. Etwa gegen Cybermobbing könnte

durch einen Austausch zwischen Schulen, der Polizei und anderen Organisationen besser vorgegangen werden.

Opferschutz stärken. Sektionschefin Bernadett Humer MSc, vom Bundeskanzleramt, Sektion Familie und Jugend, betonte ebenfalls, wie wichtig es sei, Behörden untereinander zu vernetzen. „Jede fünfte Frau ist von körperlicher oder sexueller Gewalt betroffen“, sagte Humer. „Der Großteil der Gewaltdelikte geschieht in Familien. Das sind zwei Gruppen, denen wir in dieser Taskforce eine Stimme geben wollen.“

Sektionschef im Gesundheitsministerium, Dr. Ger-



Gerhard Aigner: „Strafrechtliche Beweise bei Opfern in Spitälern durch Opferschutzgruppen dokumentieren.“

hard Aigner, sieht Bedarf, die Heilung von Verletzungen durch Forensik bei Gewaltdelikten zu ergänzen. „Wir haben Opfer- und Kinderschutzgruppen in unseren Krankenhäusern“, sagte Aigner. „Sie könnten sich nicht nur um den Schutz der Opfer und Kinder kümmern, sondern auch dafür sorgen, dass strafrechtliche Beweise festgehalten werden.“ Gerade in den ersten Stunden nach einer Tat sei es wichtig, Spuren und Verletzungen zu sichern und zu dokumentieren, auch hier sei die anschließende Vernetzung mit den Behörden essenziell.

Handlungsbedarf wurde von der Arbeitsgruppe auch beim Persönlichkeitsschutz

von Opfern erkannt. Vor allem bei der Medienberichterstattung komme es immer wieder zu Verletzungen der Opferrechte.

Was muss die Politik tun, was kann die Gesellschaft tun? In einer DACH-Tagung (Deutschland, Österreich, Schweiz) am 21. Juni 2018 wurden Erfahrungen auf internationaler Ebene ausgetauscht. Der Abschlussbericht der Taskforce wird Ende des zweiten Quartals 2019 vorliegen und konkrete Vorschläge für Gesetzesänderungen enthalten. Ziel ist auch, den gesellschaftlichen Diskurs anzuregen und für die Themen Opferschutz und Täterarbeit zu sensibilisieren.

INTERNATIONALE KOOPERATION

Sicherheitspartner Kroatien

Im Mittelpunkt des Treffens zwischen Staatssekretärin Mag. Karoline Edtstadler und der kroatischen Staatssekretärin im Innenministerium, Terezija Gras, am 8. Mai 2018 in Zagreb, standen die österreichische EU-Ratspräsidentschaft, die Bekämpfung von Korruption sowie die Vertiefung der Polizeikooperation zwischen beiden Ländern. „Kroatien ist ein wichtiger Partner in der Bekämpfung von organisierter

Kriminalität und Korruption. Mir ist es besonders wichtig, mich laufend mit meinen europäischen Kolleginnen und Kollegen auszutauschen, insbesondere kurz vor Beginn der österreichischen EU-Ratspräsidentschaft“, sagte Edtstadler. Auch ein Erfahrungsaustausch mit der Behörde zur Bekämpfung von Korruption und organisierter Kriminalität war Teil des eintägigen Besuchs sowie ein Besuch des Zentrums für Kinderschutz in Zagreb. „Im Zuge der Taskforce Strafrecht möchte ich mich euro-



Terezija Gras und Karoline Edtstadler.

paweit mit Opferschutz-Einrichtungen vernetzen und mir wertvolle Anregungen holen. Es ist mir ein wesentliches Anliegen, den Opferschutz in

Österreich auszubauen“, sagte Edtstadler. Das Kinderschutz-Zentrum betreut traumatisierte Kinder und Jugendliche, die Gewalt in der Familie erfahren haben, bei der gerichtlichen und psychologischen Aufarbeitung. „Ich habe mir beim Rundgang ein gutes Bild vom sensiblen Umgang mit den Kindern und Jugendlichen und der guten Vernetzung mit allen Beteiligten machen können. Das Kinderschutz-Zentrum in Zagreb ist eine echte Vorzeige-Einrichtung“, betonte die Staatssekretärin.